Hier finden Sie in der Regel am Mittwoch und am Samstag einen Überblick über interessante Videobeiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie anschauen wollen. Die Videohinweise sind auch auf unserer YouTube-Seite als spezielle Playlist verfügbar. Auch für die Rubrik „Musik trifft Politik“ (erscheint an jedem Mittwoch) gibt es eine eigene Playlist (CG/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Alternative Medien auf dem Vormarsch #3: Albrecht Müller über Manipulationsmethoden
2. Venezuela
3. Abrüstung statt Aufrüstung
4. Merz, Blackrock und Co: Wie ein US-Finanzunternehmen Deutschland ausplündert
5. Die Ausbeutung der Urwälder
6. Aufstehen Bewegung
7. Syrien: Terror, Folter und Tod in der Provinz Idlib
8. Kartoffelkombinat: Gemeinwohlorientierte & regionale Lebensmittelversorgung aus München
9. Enthüllungsjournalist Glenn Greenwald über Snowden, Wikileaks & das Corporate-Media-Debakel
10. Musik trifft Politik

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Beiträge einverstanden sind. Sie können uns bei der Zusammenstellung der Videohinweise unterstützen, indem Sie interessante Fundstücke an die Adresse videohinweise@nachdenkseiten.de schicken. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Alternative Medien auf dem Vormarsch #3: Albrecht Müller über Manipulationsmethoden**
   RT Deutsch hat im Rahmen der Reihe „Alternativen Medien auf dem Vormarsch“ fünf unabhängigen Journalisten und Publizisten befragt. In dieser Ausgabe überlassen wir dem Sozialdemokraten und Gründer der NachDenkSeiten, Albrecht Müller, das Wort.
   Er ist Volkswirt und Publizist. Als Planungsberater unter der Kanzlerschaft von

Willy Brandt und Helmut Schmidt hat er die Politik des Landes unmittelbar mitgestaltet. Seit mehreren Jahrzehnten beschäftigt Müller sich kritisch mit den öffentlichen Meinungsbildungsprozessen – was in der Gründung der NachDenkSeiten resultierte. Mit Erfolg: Über 100.000 Menschen besuchen täglich die alternative Medienplattform.
Quelle: RT Deutsch

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

2. **Venezuela**
   Lesen Sie hierzu auch auf den NachDenkSeiten „Juan Guaidó: Ein Staatschef aus dem Regime-Change-Labor“ und unsere weiteren Artikel zu Venezuela.

   Hierzu auch von Norbert Häring „Tagesschau betreibt Desinformation, um Außenminister Maas und den USA beim Sturz von Maduro zu helfen […]“ und von infosperber „Venezuela: Warum informieren Medien nicht über das Völkerrecht? – Mike Pompeo, John R. Bolton, Elliott Abram: Drei Falken, die den Irakkrieg auf dem Gewissen haben.„.

   - **Der Rote Platz #38: Venezuela – Blut für Öl**
     Die USA wollen ihren Hinterhof zurück
     Die Konterrevolution in Lateinamerika kommt heute nicht mit Springerstiefeln daher, sondern in „Maas“-Anzügen. Statt sich an dem Sturz von Maduro zu beteiligen, fordert Wolfgang Gehrcke von der Bundesregierung, sich für ein sofortiges Ende von US-Militärandrohungen einzusetzen. Sein Öl und sein Gold gehören Venezuela und nicht den USA oder Großbritannien.
     Quelle: weltnetzTV

     Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Zitat Wolfgang Gehrcke:

> „Venezuela ist das Land mit den größten Ölvorkommen […] es geht um Geopolitik.“

- **Berlin: Protest vor US-Botschaft wegen Venezuela-Einmischung: „Machen genau dasselbe wie in Libyen!“**
  Dutzende Gegner der US-Einmischung in Venezuela haben sich gestern Abend vorm Brandenburger Tor in Berlin, neben der US-Botschaft, zum Protest versammelt. Auch demonstrierten sie gegen den von den USA „installierten, selbsternannten Übergangspräsidenten“, den Präsidenten der Nationalversammlung, Juan Guaido. Dieser versucht mit westlicher Anerkennung den legitimen Präsidenten Nikolas Maduro zu stürzen.
  Die Teilnehmer der Kundgebung kamen unter dem Motto „Keine Anerkennung für Putschisten“ zusammen. Einer der Aktivisten meint, dass die Vereinigten Staaten gerade in Venezuela „genau das veranstalten, was sie in Libyen getan haben“. Sie schaffen eine so genannte Parallelregierung, die angeblich die Regierungsfunktionen übernimmt. Und wie in Libyen, versuchen Sie nach einer gewissen Zeit, einen Bürgerkrieg zu provozieren.“
  Die Aktivisten, darunter venezolanische Staatsbürger sowie Vertreter der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und einiger anderer Bewegungen, skandierten Slogans gegen ausländische Interventionen in der venezolanischen Krise.
  „Ich fühle mich von Deutschland und der Europäischen Union betrogen. Wenn sie behaupten, dass es in Venezuela keine echten Wahlen gibt, ignorieren sie die Millionen von Mitmenschen in meinem Land, die für Maduro gestimmt haben“, sagte ein Teilnehmer der Kundgebung.
  Am 23. Januar erklärte sich der Vorsitzende des zuletzt gewählten venezolanischen Parlaments im Jahr 2015 Juan Guaido zum „Interimspräsidenten“. Er wurde damals mit 23 Prozent gewählt.

Zahlreiche westliche Staaten erkannten ihn unmittelbar danach an.
Für deutsche Untertitel bitte die Untertitelfunktion auf Youtube aktivieren.
Quelle: RT Deutsch

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

- **Jorge Jurado: Venezuela fest im [Würge]Griff der USA**
  Die USA räumt weiter in ihrem „Hinterhof“ auf und setzt erneut auf einen ultrarechten Politiker um ihre Ziele zu erreichen.
  Nicolas Maduro gewann letztes Jahr mit 68% die Präsidentschaftswahlen bei 46% Wahlbeteiligung gegen 3 Oppositionskandidaten. Einen Tag nach Maduros Vereidigung für seine zweite Amtszeit ruft Juan Guaidó, der als Parlamentspräsident amtierende Politiker der ultrarechten Partei »Volkswille« (VP, Voluntad Popular) sich zum Interimspräsidenten aus.
  Mike Pompeo US Außenminister erkennte Guaido umgehend als Präsident Venezuelas an und erklärt Maduro als illegitim. Umgehend trifft die von Washington dominierte Organisation amerikanischer Staaten die gleiche Entscheidung.
  Mehrere EU-Staaten, allen voran Deutschland stellen Venezuela ein Ultimatum, innerhalb von 8 Tagen Neuwahlen auszurufen oder sie erkenne Guaidó ebenfalls an. Wie am Schnürchen läuft das Drehbuch ab, doch die Massenproteste bleiben vorerst aus und das Militär steht weiterhin hinter Maduro.
  Das Land ist tief gespalten und von der Wirtschafts- und Versorgungskrise geschüttelt, zerren internationale Mächte an dem erdölreichen Land.
  Aus Quito (Ecuador) sprach Jorge Jurado* mit Reto Thumiger von Pressenza über die Change für eine friedliche Lösung.
  * Jorge Jurado war von 2011 – 2016 Botschafter der Republik Ecuador in Berlin. Zuvor war er Wasserwirtschaftsminister, Staatssekretär für Bergbau sowie Direktor für Umweltfragen bei der Stadtverwaltung von Quito. Bis 2004 war Jorge Jurado als Dozent an der Universität San Francisco in Quito und an der Lateinamerikanische Fakultät für

Sozialwissenschaften zu verschiedenen Umweltthemen tätig. Er hatte an der Technischen Universität Berlin Energietechnik und Verfahrenstechnik studiert.
Quelle: weltnetzTV

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

- **Einmischung in den Venezuela-Konflikt – Paternalistische Politik**
  In Venezuela ist er noch Oppositionsführer, im Ausland schon Staatschef: Deutschland und weitere europäische Länder haben Juan Guaidó als Übergangspräsident anerkannt. Mit welchem Recht, fragt sich unser Kommentator Sebastian Engelbrecht. Damit werde die Souveränität des Landes missachtet.
  Von Sebastian Engelbrecht
  Quelle: Deutschlandfunk

  Anmerkungen unseres Lesers Michael Schaal: *Hier mal nach ewig langer Zeit ein Kommentar, der aus dem öffentlich rechtlichen Gestammel heraussticht.*

- **Venezuela: Die Rolle Russlands und der EU**
  Der Konflikt um die Herrschaft in Venezuela zwischen der linksgerichteten Regierung und rechtsgerichteten Opposition eskaliert.
  Hinter beiden Seiten stehen mächtige Unterstützer – etwa Russland auf der Regierungsseite – oder die EU wie die USA auf der der Opposition mit ihrem Gegenpräsidenten. Welche Interessen stecken dabei dahinter, was sind die Absichten und Strategien der Beteiligten? Darüber berichtet unser Newsclip zu einem aktuell eskalierenden Konflikt.
  Quelle: russland.RU

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

- **Alles andere als neutral: Die Venezuela-Berichterstattung westlicher Medien**
  Im Kampf um die Macht in Venezuela zeigen große westliche Medien und Nachrichtenagenturen, dass es mit der gebotenen Neutralität nicht sehr weit her ist. Mitunter wird schamlos für den selbsternannten Präsidenten Juan Guaidó Partei ergriffen.
  Doch nicht nur Medien, auch Politiker und internationale Institutionen demonstrieren anschaulich, wie viel von ihren Demokratie-Bekenntnissen tatsächlich zu halten ist.
  Derweil drohen die USA offen mit Gewalt. Angesichts der vergangenen US-Interventionen in Lateinamerika ist das eine Drohung, die sehr ernst zu nehmen ist.
  Quelle: RT Deutsch

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

- **Schrecklicher Präzedenzfall – Lateinamerikanischer Journalist zur Lage in Venezuela**
  Pablo Vivanco hat selbst über 10 Jahre in Venezuela verbracht, sich im Studium mit dem Land befasst und als Journalist über Venezuela sowie die gesamte Region geschrieben.
  Ebenso wie westliche Politiker spricht er sich für Stabilität und Freiheit in Venezuela aus. Allerdings bezweifelt er deren Aufrichtigkeit, wenn sie von guten Absichten für das venezolanische Volk sprechen. Der gebürtige Chilene schätzt die Aussichten mit Blick auf die Geschichte und auf das

derzeitige Säbelrasseln als furchterregend ein.
Die Venezolaner wünschen sich keine Gewalt, doch einige westliche Politiker befördern diese geradezu. Warum weder Neuwahlen noch ein Rücktritt des amtierenden Präsidenten Nicolás Maduro Frieden bringen würden, erklärte der Lateinamerikaner per Skype aus Toronto.
Quelle: RT Deutsch

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

3. **Abrüstung statt Aufrüstung**
   - **„Rückkehr eines Atomkriegs“ – Interview mit Rainer Braun (IPB /Natwiss)**
     Nach Aufkündigung des INF-Vertrags durch die USA und dessen Zustimmung durch Nato-Länder warnt das russische Außenministerium in Moskau vor einer möglichen Konfrontation. Auch der Friedensnobelpreisträger „International Peace Bureau“ sowie andere Friedensinitiativen warnen vor einem Atomkrieg in Europa.
     Quelle: SNA Radio

Zitat Rainer Braun [transkribiert]:

> „Europa würde das Schlachtfeld, wenn es zu einem […] Wettrüsten kommt unter Stationierung neuer US-Atomwaffen in Europa, die mit kurzer Warnzeit dramatisch gefährlich sind. […] Notwendig ist Protest. […] Alle Argumente, die sagen, dass Russland Verantwortung für diese Zuspitzung trägt, sind Lügen. Man kann über russische Atomwaffen und Aufrüstungspolitik diskutieren, diese sind aber im Verhältnis zur NATO-Politik und zur Aufrüstungspolitik des Westens fast marginal, trotz aller moderner Waffen. Man muss deutlich machen, dass die Gefahr des Krieges von der anderen Seite des Atlantiks ausgeht. Wir

müssen alles tun, weiterhin zu versuchen, uns Russland nicht zum Feind zu machen, sondern zum Kooperationspartner und durch kooperative Beziehungen wieder dazu zu kommen, dass in den Verhältnissen in der Beziehung zu Russland wieder über Abrüstung diskutiert werden kann. […] Wenn man jemandem die Pistole auf die Brust setzt, wird er kaum dazu zu bewegen zu sein, sich friedlich und abrüstungsfähig zu verhalten. Meiner Meinung nach ist diese Aufrüstungs- und Kriegsrhetorik ausgesprochen gefährlich. Sie wird besonders dadurch dramatisch, dass die Atlantiker, vor allen Dingen in der CDU/CSU wieder so ein Oberwasser bekommen, dass sie glauben, eine neue Rüstungsrunde entwickeln zu können. Mit Russland kann man nicht mit dem Dolch oder dem Speer reden, mit Russland kann man nur reden, indem man die Hand reicht. Das sollte uns 75 Jahre nach dem Ende der Blockade von Leningrad ins Blut übergegangen sein, ist es aber leider nicht. […] 80% der Deutschen sind gegen Atomwaffen, von daher sind die Voraussetzungen für Aufklärungsarbeit gut. Deswegen ist aber auf der anderen Seite auch die Zuspitzung und die Hetze, die Lüge und die Verdrehung jetzt schon sehr intensiv und wird sicher in den nächsten Monaten noch zunehmen, weil ohne einen massiven Ausbau des Feindbildes Russland, wird man eine neue atomare Aufrüstungsrunde in Europa nicht durchsetzen. […] Wir müssen vermeiden, die Diskussion über Abrüstung eurozentriert zu führen. Wir brauchen eine Entspannungspolitik, die auch andere Regionen dieser Welt mit einbezieht.“

- **Andrej Hunko (Die Linke): „Viele meinen, man könnte Russland totrüsten“**
  Nachdem die USA aus dem INF-Vertrag ausgestiegen sind, bleiben sechs Monate, um die Gefahr einer erneuten atomaren Aufrüstung abzuwenden. Andrej Hunko, Europapolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, bezweifelt, dass dies im Interesse der USA ist und fordert eine neue Friedensbewegung in Deutschland.
  Quelle: SNA Radio

Zitat Andrej Hunko [transkribiert]:

> „Die USA haben keine Beweise, keine Bilder vorgelegt, die beweisen, […] dass Russland […] den INF-Vertrag verletzt. […] Man hat den Eindruck, dass ein Vorwand gesucht werden sollte, um aus dem Vertrag auszusteigen. Umgekehrt ist Russland vor allen Dingen besorgt wegen dem Raketenabwehrsystem in Polen und Rumänien. […] Die russische Bevölkerung würde an einem Wettrüsten noch mehr leiden. Russland reagiert, das Agieren sehe ich in erster Linie auf US-amerikanischer Seite. […] Die Vorschläge von Kiesewetter [CDU] und Mützenich [SPD] sind halbgar. […] Der INF-Vertrag ist nur noch begrenzt zeitgemäß. Nicht, dass ich für dessen Auflösung wäre, aber man müsste ihn erweitern, um neue Atommächte wie China und Indien. Im Grunde genommen wäre eine Offensive nötig, dass die Länder, die über Atomwaffen verfügen an einen Tisch gebracht werden, und dass man eine Neuauflage unter Einbeziehung dieser Länder hinbekommt. […] Wir wollen keine Atomraketen auf deutschem Boden. Wir wollen auch, dass die bestehenden in Büchel in der Eifel abgezogen werden. […] Westerwelle hatte das [Anm.d.Red. als Außenminister] einmal angekündigt, aber daraus wurde nichts. […] Es gibt in der NATO Kräfte, die diese Aufrüstung begrüßen, es dürfte die Falken freuen, es dürfte die freuen, die glauben, man könnte Russland totrüsten und die Rüstungsindustrie […] das ist eine verheerende Entwicklung. […] Wir sind schon ohne Kündigung des INF-Vertrages gegenwärtig in der größten Aufrüstungsphase mindestens seit Ende des Kalten Krieges, durch das 2%-Ziel der NATO, durch PESCO auf EU-Ebene, durch den EDF [Anm.d.Red.: engl. für European Defence Fund], dem europäischen Verteidigungsfonds. […] Ich finde es dringend notwendig, dass die Friedensbewegung wie in den 80er Jahren wieder auf die Bühne tritt, wieder stärker wird, Gründe dafür gibt es allemal.“

- **Alexander Neu: INF-Vertrag – Es droht eines neues atomares Wettrüsten in Europa**

Am Samstag, den 2. Februar 2019 läuft die 60-Tage-Frist der USA gegenüber Russland zur Kündigung des INF-Vertrages aus. Die US-Regierung will dann den Vertrag über das Verbot landgestützter Mittelstreckensysteme von 1987 kündigen. Trump begründet dieses Vorgehen mit dem Vorwurf, Russland habe den Vertrag verletzt. Russland bestreitet dies und wirft den USA ebenfalls Vertragsbruch vor. weltnetz.tv sprach mit Alexander Neu* über die Folgen einer Kündigung. Was werfen sich beide Parteien vor? Welche Interessen verfolgen die USA mit der einseitigen Kündigung? Drohen uns jetzt ein atomares Wettrüsten und die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland? Ist der INF-Vertrag noch zu retten?
*Dr. Alexander Neu ist Mitglied des Deutschen Bundestages für DIE LINKE, Obmann im Verteidigungsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss.
Die Petition von Alexander Neu kann hier unterschrieben werden.
Quelle: weltnetzTV

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Anmerkung CG: *Alexander Neu gibt zu Beginn die historischen Fakten des Vertrages und deren Voraussetzungen wieder und sagte, es gebe gegenseitige Vorwürfe, dass gegen den Vertrag verstoßen werde, eine Ferndiagnose sei aber nicht möglich. Gegenseitige Inspektionen wären deshalb erforderlich, diese würden aber vom Westen abgelehnt.*

Ferner Alexander Neu [transkribiert]:

> „Das Inspektionssystem ist 2003 eingestellt worden, gibt es also nicht mehr. […] Der INF-Vertrag muss bestehen bleiben, aber er muss modernisiert werden, um genau diese Komponente, dass bei Verdachtsmomenten Inspektionen stattfinden können. […] Die NATO nimmt diesen Vorschlag gar nicht auf […] sie bleiben bei ihrem Wording […] und unterstellen letztendlich den Russen

einen einseitigen Vertragsbruch. Ich habe vielmehr den Eindruck, dass die Amerikaner gar nicht mehr wirklich an diesen Vertrag interessiert sind und suchen nur irgendwie eine Möglichkeit, den Schwarzen Peter nach Moskau zu schieben."

„Um auf China zu kommen […] China ist nicht Vertragspartner, es ist ein bilateraler Vertrags zwischen Moskau und Washington. Es wird gesagt, China, Indien und andere Staaten verfügen ja auch über diesen Waffentypus mittlerer Reichweite und die müssten eigentlich in den INF-Vertrag hinein, das heißt, er müsste multilateralisiert werden, deshalb werde man jetzt den bilateralen Vertrag gegen die Wand fahren lassen um einen multilateralen Vertrag aufzubauen. Damit schafft Washington eine Win-Win-Situation für sich, dass sie den Vertrag gegen die Wand fahren lassen und sagen, wir wollen aber, dass China dabei ist künftig und Indien, schaffen sie eine gewisse Spannung zwischen Peking und Moskau. Wenn Moskau den Vertrag retten will oder einen neuen Vertrag herbeiführen möchte, muss es Druck auf Peking ausüben, dass sie dabei sind. Das dürfte die unausgesprochene strategische Partnerschaft belasten. Das wäre ein Gewinnpunkt für Washington, also geopolitisches Denken. Sollte Peking nicht darauf eingehen, wäre es auch ein Gewinnpunkt für Washington, für die Rüstungsindustrie in den USA. Sie könnten nämlich dann wieder dieses Waffensystem produzieren. Im Sommer 2018 hat der US-Kongress genau diesen Haushaltstitel eingestellt zur Erforschung und Entwicklung von Mittelstreckenraketen. […] Es [die Kündigung des INF-Vertrags] hat dann Konsequenzen, wenn die Europäer, vor allem die Deutschen, das tun, was sie immer tun, an den Seiten der USA bleiben und sagen okay, wenn die Amerikaner sagen, sie wollen Mittelstreckenraketen oder -Marschflugkörper in Deutschland, in Polen oder sonstwo stationieren, finden wir das richtig oder akzeptieren es. Dann hat es seine Konsequenzen und dann wird es gefährlich für Europa, weil diese Marschflugkörper oder Mittelstreckenraketen natürlich ein legitimes Ziel der russischen Seite sind, das heißt in den Regionen, sei es Ramstein oder sonstwo, wo sie stationiert

werden könnten. Das würden die ersten Zielobjekte für russische Gegenschläge sein.“

„Ich sehe seitens der Bundesregierung keine ehrlichen Bemühungen einer Vermittlung. Der Außenminister Maas tut das, was er immer tut, er suggeriert Aktivitäten, er suggeriert die Vermittlerrolle, aber er steht ganz stramm an der Seite Washingtons, wenn es um diese Frage oder andere Fragen geht. […] Das ist schade. Deutschland hat eine Verantwortung für Europa aus vielerlei Gründen, eine positive Verantwortung, nicht eine machtprojezierte Verantwortung, und hier könnte Deutschland eine Vorreiterrolle spielen. Wie in der Vergangenheit versagt Deutschland. Beim AKSE-Vertrag hat es versagt, die Russen haben es ratifiziert, die NATO-Staaten nicht, Deutschland hätte ausscheren können und sagen können, Deutschland ratifiziert das, es wären bestimmt einige europäische NATO-Mitgliedsstaaten dabei gewesen, aber immer wenn es darum geht, sich einmal ein bisschen zu emanzipieren von der Aggressionspolitik der USA ist Deutschland nicht der Lage, sondern läuft wieder über und zeigt, wir müssen doch gemeinsam mit der NATO, das heißt gemeinsam mit den USA diese Krise durchstehen und da schlucken wir auch so manche Ungereimtheiten.“

„Ich habe in der Tat eine Petition produziert bei campact und ja […] Ich denke mal, dass es ganz wichtig ist, dass ganz ganz viele Menschen in Deutschland in Form einer Petition, in Form von Demonstrationen, über soziale Netzwerke usw. ihren Unmut darüber zum Ausdruck bringen, wie passiv die Bundesregierung ist, um eine Eskalation zu vermeiden, und wie aktiv sie ist, an dieser Eskalation mitzuwirken, denn sie ist ein aktiver Teil der US-amerikanischen Politik, mit Blick auf den INF-Vertrag. […] Wir brauchen dringend eine starke Friedensbewegung. Ich habe Eindruck, dass die Menschen, vor allem die jüngeren Menschen in diesem Land es einfach nicht begreifen, wie gefährlich die

Zeit ist, in der wir seit den späten 90er Jahren leben, anfangen mit dem Kosovo-Krieg.“

4. **Merz, Blackrock und Co: Wie ein US-Finanzunternehmen Deutschland ausplündert**
   Als Friedrich Merz, CDU-Politiker und Aufsichtsratschef von „Blackrock Deutschland“, 2018 aus der politischen Versenkung kommt, zeigt sich die deutsche Öffentlichkeit überrascht. Niemand kennt scheinbar Blackrock. Für Finanz-Experte Dr. Werner Rügemer aus Köln unfassbar. „Die sind schon lange in Deutschland aktiv“, sagt er im exklusiven Sputnik-Interview.
   Quelle: Sputniknews

   Externer Inhalt

   Beim Laden des Audios werden Daten an Soundcloud übertragen.

   Inhalt von Soundcloud zulassen
   Inhalte von Soundcloud nicht mehr zulassen

   Lesen Sie hierzu auch Auszüge aus dem Buch ‚Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts‘ von Werner Rügemer „BlackRock: Ein Blick auf den aktuellen Arbeitgeber von Friedrich Merz„.

   Weitere Artikel zu BlackRock auf den NachDenkSeiten finden Sie hier.

5. **Die Ausbeutung der Urwälder**
   Seit 25 Jahren gibt es das FSC-Siegel für nachhaltige Forstwirtschaft, trotzdem verschwinden die Urwälder immer schneller. Was bringt ein Siegel, das selbst im Falle einer Verurteilung nicht entzogen wird?
   Die Urwälder verschwinden immer schneller. Die anhaltende Entwaldung der Erde ist für mehr CO2-Emissionen verantwortlich als alle Autos und Lastwagen zusammengenommen. Um das Urwaldsterben aufzuhalten, ist vor 25 Jahren eine internationale Organisation angetreten, der Forest Stewardship Council (FSC), ein Verein zur Zertifizierung nachhaltiger Forstwirtschaft. Das FSC-Siegel gilt weltweit als das wichtigste Ökosiegel. Dem Verbraucher soll es zeigen,

dass Möbel, Papier, Terrassendielen etc. aus „umweltgerecht“ gefälltem Holz hergestellt wurden. Der FSC, mit Sitz in Bonn, hat bislang das Forstmanagement für mehr als 200 Millionen Hektar Wald zertifiziert, eine Fläche etwa so groß wie Westeuropa.
Die Autoren Manfred Ladwig und Thomas Reutter ziehen eine spannende Bilanz: Was haben 25 Jahre FSC gebracht? Um zu sehen, ob der FSC die Vernichtung der Urwälder aufhalten kann, filmten sie monatelang an den globalen Hotspots der Abholzung. Ihre investigative Recherche deckt u. a. auf, dass der FSC sein Siegel auch denjenigen Firmen nicht entzieht, die beschuldigt werden, auch illegal geschlagenes Urwaldholz zu verarbeiten. Selbst eine Firma, die für illegale Abholzungen im brasilianischen Regenwald verurteilt wurde, darf das Siegel für nachhaltige Forstwirtschaft weiter nutzen. Ein investigativer Film über die Zusammenhänge zwischen dem FSC, illegalen Rodungen und der Vertreibung von Waldbewohnern.
Quelle: ARD, marktcheck

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

6. **Aufstehen Bewegung**
   - **Aufstehen für eine würdevolle Rente! – Fabio De Masi**
     Quelle: Aufstehen Bewegung

     Externer Inhalt

     Beim Laden des Videos werden Daten an Vimeo übertragen.

     Inhalt von Vimeo zulassen
     Inhalte von Vimeo nicht mehr zulassen

   - **#Aufstehen _ Kommt zum Aktionscamp [23. Feb.] _ Gründet**

Gruppen – Marco Bülow
Quelle: Aufstehen Bewegung

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Vimeo übertragen.

Inhalt von Vimeo zulassen
Inhalte von Vimeo nicht mehr zulassen

7. **Syrien: Terror, Folter und Tod in der Provinz Idlib**
In Syrien haben sich die letzten sogenannten „Rebellen“ in die Idlib-Provinz zurückgezogen. In westlichen Medien wird diese Provinz daher gerne als einsames Bollwerk gegen die Tyrannei eines blutrünstigen Diktators verklärt. Tatsächlich hat in diesem „Bollwerk“ die Terrorgruppe Hai’at Tahrir asch-Scham das Kommando übernommen. Korruption, Diebstahl, Plünderungen, willkürliche Inhaftierung, Folter und Kämpfe zwischen den Fraktionen machen das Leben der Zivilisten zur Hölle.
Quelle: RT Deutsch

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

8. **Kartoffelkombinat: Gemeinwohlorientierte & regionale Lebensmittelversorgung aus München**
In diesem Interview mit Vorstandsmitglied Simon Scholl stellen wir die Genossenschaft Kartoffelkombinat vor, die sich für eine dezentralisierte und gemeinschaftliche Landwirtschaft einsetzt.
Quelle: acTVism Munich

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Anmerkung CG: *Interessantes Genossenschaftsprojekt*

9. **Enthüllungsjournalist Glenn Greenwald über Snowden, Wikileaks & das Corporate-Media-Debakel**
In diesem Exklusivinterview mit dem investigativen Journalisten und Mitbegründer von The Intercept, Glenn Greenwald, sprechen wir über Edward Snowdens Status in Russland sowie darüber, was die Strafverfolgung von Julian Assange für die Pressefreiheit bedeutet. Außerdem nehmen wir die Ergebnisse der laufenden Ermittlungen des ehemaligen FBI-Direktors Robert Mueller unter die Lupe und fragen, ob sie beweisen, dass Trumps Wahlkampfteam während der Wahlen von 2016 mit Russland zusammengearbeitet hat. Am Ende diskutieren wir die wichtigsten Debakel der US-Medienkonzerne in ihrer Berichterstattung über angebliche russische Aktivitäten, und außerdem darüber, was die Bevölkerung tun kann, um mehr Kontrolle über diese Institutionen zu bewirken.
Quelle: acTVism Munich

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

10. **Musik trifft Politik**
Gelbwestensongs
    - **Marguerite – Die Guten, Die Bösen – Gelbwesten**

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

- *((Das Original von Michel Fugain))*
  Michel Fugain – Les gentils & les mechants

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

- **Gilets Jaunes à Paris – la lutte est magnifique! – „Ici l'on danse, et l'on dansera toujours!"**

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Dieter Dehm erklärt den Hintergrund dieses Liedes: „Ici l'on danse, et l'on dansera toujours!" – „Hier wird getanzt, und hier wird man immer tanzen!" – stand auf dem Eingang zum Bastille-Platz in Paris nach dem Abriss der Bastille. Und nun tanzen sie! Das Video zeigt tanzende „Gelbwesten"-Franzosen zum russischen Walzer & Antikriegs-Gedenklied „(Gräber) Auf den Hügeln der Mandschurei" des russischen Kapellmeisters Ilja Schatrov („На сопках Маньчжурии").

- **#8Décembre Gilets Jaunes à Paris : „du mouvement social !“**

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Anmerkung: *In dieser neuen Rubrik wollen wir Ihnen Songs mit politischen und gesellschaftskritischen Texten vorstellen, die vielleicht noch nicht jeder Leser kennt. Wenn auch Sie Musiktipps für uns haben, mailen Sie uns Ihre Empfehlungen bitte an unsere Mailadresse für die Videohinweise videohinweise(at)nachdenkseiten.de mit dem Betreff: Musik.*